

Leserbrief zum Artikel „Altländer im Kampf gegen den Verkehrslärm“ vom 26.2.2020

Der Lärmaktionsplan „Lühe“ ist keineswegs „für die Tonne“!

Den Lärmaktionsplänen eilt ein schlechter Ruf voraus: Sie seien „viel Lärm um nichts“. Eine weniger oberflächliche Betrachtung ergibt jedoch:

Die Europäische Union hat mit der Umgebungs-Lärm-Richtlinie ein Instrument geschaffen, mit dem die Menschen konkret vor Ort vor gesundheitsschädlichem Lärm geschützt werden sollen. Die Gemeinden sind die Orte, an denen alles zusammenkommt, deshalb sind die Gemeinden auch für die Lärm-Aktionspläne (LAPs) verantwortlich. Natürlich sind dabei die Interessen und Belange vieler Beteiligter berührt. Deshalb sehen die Hinweise aus dem Niedersächsischen Umweltministerium, die den Gemeinden helfen sollen, die LAPs zu erstellen, auch ausdrücklich eine umfangreiche öffentliche Beteiligung vor. In Deutschland besteht zudem das Dilemma, dass es meistens nicht die Gemeinden sind, die z.B. Tempo 30 oder ein Durchfahrtsverbot für Transit-LKWs verbindlich anordnen können – das sind immer noch die Straßenverkehrsämter.

Die Gemeinden können aber durchaus mehr tun, als nur anregen und „betteln“. Die Hinweise aus Hannover sehen nämlich auch vor, eine strukturierte Zusammenarbeit der verschiedenen Behörden und Gemeinden einzurichten, um die vielfältigen Maßnahmen der LAPs zu behandeln, abzuwägen, und vor allem: in die Tat umzusetzen. Zu verkehrsbehördlichen Maßnahmen wie Tempo 30 kann die Gemeinde beim Straßenverkehrsamt eine sogenannte „verkehrsbehördliche Einzelfallprüfung“ einfordern, die den jeweiligen Sachverhalt sorgfältig zu prüfen und abzuwägen hat.

Die Samtgemeinde Lühe ist im Interesse ihrer Bürgerinnen und Bürger gut beraten, diese Herausforderung anzunehmen und sich ihrer Verantwortung zu stellen. Dazu gehört, sich die faktischen Handlungsmöglichkeiten anzueignen und diese selbstbewusst anzupacken. Anderorts geschieht das durchaus! Das Bedauern, man könne ja selbst nichts tun, denn den Gemeinden seien „die Hände gebunden“, andere seien zuständig usw. ist sachlich unbegründet und eine wohlfeile faule Ausrede. Um die Maßnahmen des LAP umzusetzen und endlich den Verkehrslärm durch Tempo 30 und ein Verbot des LKW-Transit-Verkehrs zu reduzieren, ist seitens der Verantwortlichen in Verwaltung und Kommunalpolitik jetzt aktives Engagement gefragt. Dann ist der LAP keineswegs „für die Tonne“ oder „viel Lärm um nichts“!

2278 Zeichen mit Leerzeichen